

Beschluss

9/2011



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

122. Mitgliederversammlung
17. bis 20. November 2011

Evangelische Jugend fordert: Keine Verstaatlichung der Freiwilligendienste durch die Hintertür!

Die evangelischen Träger von Freiwilligendiensten nutzen aktiv die Chancen, die die Aussetzung des Zivildienstes und die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes bieten. Sie bringen ihre langjährigen Erfahrungen und Qualitäten positiv ein. Dabei folgen sie dem Grundsatz: „Freiwillige motivieren statt Pflichtdienstler beschäftigen“. Sie gestalten Freiwilligendienste als Lern- und Orientierungsangebote, die an den Interessen und Werten junger Menschen ansetzen, Bildung ermöglichen und zum Zusammenhalt der Wertegesellschaft beitragen. Diese Grundsätze sind bei der Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes noch nicht ausreichend verwirklicht. Dies gefährdet den Charakter des Bundes-Freiwilligendienstes als Lern- und Orientierungsangebot. Es schafft eine künstliche und überflüssige Konkurrenz zu Lasten von FSJ und FÖJ. Es widerspricht den Interessen junger Menschen an guten Standards und Ausgestaltungsmöglichkeiten. Es übergeht die Potentiale der Zivilgesellschaft.

Das Grundproblem liegt darin, dass das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA, ehemals BAZ) sowohl als Abwicklungsstelle des Bundesfreiwilligendienstes wie als „Träger“ des Bundesfreiwilligendienstes agiert. Es zieht gezielt Einsatzstellen der Zivilgesellschaft an sich. Dabei bietet es diesen Einsatzstellen erhebliche finanzielle Vorteile, die jedoch die Qualität der pädagogischen Begleitung nachhaltig schwächen. Dies bedeutet in der Tendenz die Gefahr einer Verstaatlichung der Freiwilligendienste. Mit diesem Vorgehen wird der sozialpolitische Konsens dieser Gesellschaft – Träger und Akteure in selbstorganisierten Zentralstellen und Sammelvertretungen zu organisieren – einseitig aufgekündigt. Es bricht die bisherigen politischen Zusagen, die bei der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes gemacht wurden.

Als Interessenvertretung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft stellen wir uns diesen staatlichen Eingriffen in Verbundenheit mit den anderen Trägern entschieden entgegen. Wir fordern:

- Einheitliche Bedingungen für FSJ und den Bundesfreiwilligendienst
- Beibehaltung der pädagogischen Standards, insbesondere bei der Begleitung von Freiwilligen
- Achtung der Autonomie der Zivilgesellschaft
- Perspektivische Angleichung beider Dienste unter dem Primat der Zivilgesellschaft

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich, 1 Enthaltung